



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

15. Dezember 2006

Partei Vorstand der Linkspartei.PDS

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

- Betr.: Linkspartei.PDS-Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Hakki Keskin

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren,

wiederholte Medienberichte und aktuelle Stellungnahmen zur Haltung von Prof. Keskin zum Völkermord an den Armeniern veranlassen auch unsere Menschenrechtsorganisation, auf einige grundsätzliche Probleme hinzuweisen:

Die damalige PDS hat Herrn Keskin zur Bundestagswahl 2005 als Kandidaten gegen die Proteste der armenischen Gemeinschaft Deutschlands, der WASG Berlin und anderer Kritiker aufgestellt, obwohl zu diesem Zeitpunkt längst bekannt war, welche Position Herr Keskin zum Völkermord an den Armeniern vertritt. So äußerte er schon im Januar 2001 anlässlich der Verabschiedung des französischen Gesetzes zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern:

„Bei einem Thema, das historisch noch nicht genügend untersucht und dessen Wahrheitsgehalt per Dokumente nicht bewiesen wurde, aus kommunalwahltaktischen Gründen einen solchen Beschluss zu fassen, finde ich äußerst bedauerlich und ich protestiere gegen einen solchen Beschluss.“¹

Diese Position wiederholte Herr Keskin in einem am 9. März 2006 veröffentlichten Interview mit der „Jungen Welt“:

„Die armenische Seite spricht von einem Völkermord. Dagegen steht die Position der türkischen Seite. Demnach gab es keinen Genozid, sondern eine Auswanderung, weil Teile der Armenier sich bewaffnet mit der russischen Armee an der Ostgrenze des osmanischen Reiches gegen die eigene osmanische Armee zusammengeschlossen hatten. Während dieser Auseinandersetzungen hat man dann die armenische Bevölkerung aus der Osttürkei ins damalige Syrien evakuiert. Eine geplante und gewollte Ermordung der armenischen Bevölkerung wird von der türkischen Seite verneint. Ich weiß nicht, was damals geschehen ist, weil es ganz un-

¹ <http://www.kurds.dk/deutsch/2000/tysk28.html>



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

terschiedliche Positionen gibt, die von verschiedenen Historikern gebilligt oder bestritten werden.²

Wenige Sätze später gibt allerdings Herr Keskin mit völliger Gewissheit über die Archivlage Auskunft und bestreitet, dass es Beweise für einen Genozid gibt: „Nein, es gibt Dokumente, die nachweislich verfälscht worden sind.“

Problematisch finden wir derartige Äußerungen aus folgenden Gründen:

- 91 Jahre nach dem Völkermord des nationalistischen Regimes der so genannten Jungtürken an 1,5 Millionen armenischen Bürgern des Osmanischen Reiches sollten sich in Deutschland lebende türkeistämmige Politiker ein Urteil über dieses Staatsverbrechen gebildet haben. Sich hinter angeblichen Forschungslücken zu verstecken und gleichzeitig wahrheitswidrig zu behaupten, es gäbe keine Beweise, ist gerade in Deutschland nicht hinnehmbar. Hier stehen jedem Interessierten eine Fülle von Primärquellen sowie Sekundärliteratur zur Verfügung. Von einem habilitierten Politikwissenschaftler wie Prof. Keskin erwarten wir, dass er intellektuell in der Lage ist, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich nicht hinter der Staatsdoktrin der Republik Türkei zu verstecken.
- Trotz fortgesetzter Beteuerungen, dass er sich kein abschließendes Urteil über den Völkermord an den Armeniern bilden können, verteidigte Herr Keskin in seinem Interview vom 9. März 2006 das Recht rechtsextremer türkischer Organisationen wie der *Talat Paşa Harekati* zu öffentlichen Kundgebungen. Nach weiteren gezielten Provokationen der selben türkischen Ultranationalisten im Dunstkreis der *Talat Paşa Harekati* hat das Europäische Parlament in seinem diesjährigen „Fortschrittsbericht“ zur Integration der Türkei diese Bewegung als „rechtsextrem“, „fremdenfeindlich“ und „rassistisch“ verurteilt und die Türkei aufgefordert, „dieses Komitee aufzulösen und seiner Tätigkeit ein Ende zu setzen“³.

Das Verhalten Keskins ist kein Einzelfall. Auch in anderen EU-Staaten lässt sich beobachten, dass türkeistämmige Politiker die Position der türkischen Regierung kritiklos übernehmen und verteidigen, obwohl sie inzwischen Bürger europäischer Staaten geworden sind und sich um Parlamentssitze und öffentliche Ämter bewerben. Das geschieht selbst in Fällen, in denen diese Parlamente deutliche Beschlüsse zum Völkermord an den Armeniern gefasst haben.

Was den Fall Keskin von ähnlich gelagerten in den Niederlanden oder Österreich unterscheidet, ist allerdings der Umgang der Linkspartei.PDS mit den logisch, sachlich und ethisch unvertretbaren Positionen ihres Kandidaten bzw. Abgeordneten. Während nämlich in anderen Ländern derartige Äußerungen zu Distanzierungen, Entschuldigungen sowie zum Rücktritt

² Hakki Keskin im Interview mit Nick Brauns: „Ein Verbot ist nicht unbedingt angebracht« Türkische Verbände wollen in Berlin »gegen Lüge vom Völkermord in Armenien« demonstrieren; Ein Gespräch mit Hakki Keskin; S. 8 „Junge Welt“, 09.03.2006.

³ Fortschrittsbericht Türkei 2006 <http://www.europarl.europa.pdf>; S. 14.



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

von Kandidaten führen, hat sich der Vorsitzende der Linkspartei seit 2005 vor Herrn Keskin gestellt.

Eine solche kritiklose Haltung fügt nicht nur den in Deutschland lebenden Nachfahren armenischer Genozidopfer Schmerz zu, sondern stellt eine verschenkte Chance dar, ein Beispiel für interkulturelle Gedächtnisarbeit zu setzen. Deutsche und kurdische Mitglieder der PDS haben sich in den Jahren 2000 und 2001 aktiv für eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages zum Völkermord an den Armeniern eingesetzt. Der Wettbewerb um türkische Wählerstimmen, wie ihn die Linkspartei offenbar mit der Kandidatur des Herrn Keskin anstrebt, darf nicht zu Lasten der historischen Wahrheit und der kritischen Aufarbeitung von Geschichte gehen.

Mit freundlichen Grüßen

der Vorstand der AGA